

BEZIRKSVERTRETUNG MITTE

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 28.10.2021

**Zu Punkt 10
(öffentlich)**

Errichtung eines Fahrradparkhauses im Opitz-Keller

Beratungsgrundlagen:

Drucksache 2602/2020-2025 und 2722/2020-2025

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass die Fraktion Die Linke das unterirdische Fahrradparkhaus weiterhin ablehne, da es zu groß und zu teuer sei und an den Bedürfnissen der Radfahrerinnen und Radfahrer vorbeigehe. Seine Fraktion habe daher als Alternative den schriftlich vorliegenden Ergänzungsantrag (Drucksache 2722/2020-2025) gestellt.

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird gebeten, die Erstellung eines oberirdischen Fahrradparkhauses hinter dem Gebäude des „Pizza Hut“ zu prüfen und die Ergebnisse der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen.

Dort könne dann gegebenenfalls auch eine dringend benötigte, oberirdische WC-Anlage integriert werden.

Herr Blumensaat schlägt vor, diesen Antrag um den Zusatz „sowie im näheren Umfeld“ zu ergänzen. Die CDU-Fraktion sehe weiterhin Bedarf für ein Fahrradparkhaus am Bahnhof und lehne ein Fahrradparkhaus im Opitz-Keller ab.

Herr Westebbe erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass bereits der Pizza-Hut-Pavillon auf dem Jahnplatz sehr massiv wirke und ein weiteres Gebäudes mit den entsprechenden Ausmaßen dort nicht zusätzlich gebaut werden solle. Den Antrag der Fraktion Die Linke werde man daher ablehnen. Es stelle sich beim Verwaltungsvorschlag die Frage, ob der Betrieb durch moBiel erfolgen müsse, oder ob nicht durch Auswahl eines privaten Betreibers die Betreiberpauschale gesenkt werden könne. Hierzu bringt er für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Ergänzungsantrag [Text s. Beschluss Nr. 5] ein.

Herr Suchla lehnt für seine Fraktion einen zweiten oberirdischen Gebäudekomplex an dieser Stelle, wie er im Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke angedacht sei, ab. Da aber auch die nähere Umgebung Teil des Prüfantrags sei, werde sich die SPD-Fraktion enthalten.

Er sehe dennoch die dringende Notwendigkeit für Fahrradabstellanlagen und unterstütze daher den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Um aber die Menschen zum Umstieg auf das Rad zu bewegen, sollte zunächst auf die Erhebung von Nutzungsgebühren für die Dauer eines Pilotzeitraums von drei Jahren verzichtet werden.

Hierzu stellt er für die SPD-Fraktion einen Ergänzungsantrag [Text s. Beschluss Nr. 4].

Zunächst lässt Frau Henke über den Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke mit dem Zusatz der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten, die Erstellung eines oberirdischen Fahrradparkhauses hinter dem Gebäude des „Pizza Hut“ sowie im näheren Umfeld zu prüfen und die Ergebnisse der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

- 2. Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Finanz- und Personalausschuss, dem Stadtentwicklungsausschuss und dem Rat, sich diesem Beschluss anzuschließen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Sodann lässt Frau Hennke über den Beschlussvorschlag der Verwaltung, ergänzt um die Vorschläge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einzeln abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld folgenden Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Fahrradparkhaus im Opitz-Keller einschließlich der verkehrlichen Zuwegungen gemäß dem Standard „Radstation“ zu planen und in die Erwerbsverhandlungen mit dem Grundstückseigentümer einzusteigen**
- 2. Im bisherigen Haushaltsentwurf sind keine Ansätze vorhanden. In den Finanzplan sind die zusätzlichen Ansätze aufzunehmen: Für 2022 investive Auszahlungen von 0,5 Mio. €. Für 2023-2024 weitere Auszahlungen von 2,5 Mio. € und Einzahlungen von 0,5 Mio. €**
- 3. Ab 2025 sind zusätzlich jährlich ca. 95.000 € für die Betriebskosten in den Ergebnisplan mit aufzunehmen.**

- mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen beschlossen -

- 4. Ein kostenfreies Nutzen wird für den Pilotzeitraum von drei Jahren nach Inbetriebnahme ermöglicht.**

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

- 5. Es soll geprüft werden, ob durch die Übergabe an einen privaten Dienstleister als Alternative zu moBiel die Betreiberpauschale reduziert werden kann.**

- einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

002.2 Büro des Rates, 26.11.2021, 51-65 88

An das Amt für Verkehr - 660.2

An 200.2 Schriftführung Finanz- und Personalausschuss

An 600.11 Schriftführung Stadtentwicklungsausschuss

An 002.2 - Schriftführung Rat der Stadt

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung
i. A.

gez. Tobien